

# SPD demokratischer pressediens

P. XXVIII/119

26. Juni 1973

Mehr Schutz für Betriebs-Jugendvertreter

-----  
Notwendige Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes

Von Helmut Rohde MdB  
Vorsitzender des Arbeitnehmerbeirates beim  
SPD-Parteivorstand

Seite 1 / 36 Zeilen

Neue Formen der Kriminalitätsbekämpfung

-----  
Fliegende Sondereinheiten sollen die Effektivität der Polizei vergrößern

Von Klaus-Dieter Schlicht  
Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Nordrhein-Westfalen

Seite 2 und 3 / 53 Zeilen

Wären wir nicht so schrecklich gleichgültig...

-----  
Das Problem der Heimkinder - eine Herausforderung des Gewissens

Seite 4 und 5 / 69 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
----- Eingliederung"

## Mehr Schutz für Betriebs-Jugendvertreter

---

### Notwendige Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes

Von Helmut Rohde MdB

Vorsitzender des Arbeitnehmerbeirates beim SPD-Parteivorstand

In den letzten Monaten haben sich die Fälle gemehrt, in denen Jugendvertreter in den Betrieben nach Beendigung ihrer beruflichen Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen wurden. Das heißt: Sie wurden vom Arbeitgeber entlassen. Das hat verständlicherweise Unruhe unter den Jugendlichen ausgelöst, die sich in den Betrieben als Vertreter ihrer jungen Kolleginnen und Kollegen engagiert haben. Sie haben die Frage gestellt, ob sie durch diese Entlassungen wegen ihres betrieblichen und gewerkschaftlichen Engagements bestraft werden sollen. Die wachsende Zahl der betroffenen Jugendlichen und die Umstände, unter denen sich die Verweigerung der Weiterbeschäftigung vollzog, werden von ihnen nicht als zufällige Einzelvorgänge betrachtet.

Nach meiner Meinung verstoßen diese Vorgänge gegen den Geist des Betriebsverfassungsgesetzes und die mit ihm verbundenen Absichten des Gesetzgebers. Ich erinnere daran, daß bei der Reform dieses Gesetzes erklärt worden ist, daß sowohl die Rechte als auch die Stellung der Jugendvertreter für die Zukunft gestärkt werden sollen. Diese grundlegende Absicht des Gesetzgebers darf nicht unterlaufen werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es deshalb notwendig, den Schutz des Jugendvertreters durch eine Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes zu stärken. Die Koalition in Bonn hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die dafür eine gesetzgeberische Initiative vorbereiten soll. Ziel wird es sein, zusätzliche rechtliche Sicherungen zu schaffen, die verhindern, daß die Rechte und die Entfaltungsmöglichkeiten der Jugendvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz unterlaufen werden und die Funktionsfähigkeit der Jugendvertretung schwerwiegend beeinträchtigt wird.

Wenn ein Jugendvertreter nach Ablauf seiner Ausbildungszeit im Betrieb keinen Arbeitsplatz erhält, dann trifft ihn das nicht nur in seiner Position als Jugendvertreter, sondern auch in seinem beruflichen Werdegang. Nicht nur die Jugendlichen, sondern wir alle müssen daran interessiert sein, daß sich die Arbeit der Jugendvertretung im Betrieb, die ein wichtiges Element demokratischer Verantwortung und sozialen Engagements ist, unter gesicherten Rechten vollzieht.

(-/26.6.1973/bgy/ex)

Neue Formen der Kriminalitätsbekämpfung

Fliegende Sondereinheiten sollen die Effektivität  
der Polizei vergrößern

Von Klaus-Dieter Schlicht  
Landesvorsitzender der Gewerkschaft der  
Polizei in Nordrhein-Westfalen

Moderne Kriminalität bedingt moderne Mittel, erfordert neue Formen des polizeilichen Einsatzes. Die Polizeien aller Länder - seit Jahren personell unterbesetzt - sind mit den herkömmlichen Methoden und den vorhandenen Kräften den Spitzenbelastungen der Kriminalität nicht gewachsen. Allerdings: Modernere Geräte, schnellere Autos reichen allein nicht aus. Es gilt vielmehr den Täter stärker als bisher zu verunsichern, ihn möglichst schnell zu fassen.

Deshalb der Vorschlag der nordrhein-westfälischen GdP: Eine "Feuerwehrtruppe", eine mobile Einsatzgruppe aus 100 bis 200 Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei - einschließlich der WKP - soll in den Ballungszentren des größten Bundeslandes der überforderten Polizeibasis zu Hilfe kommen. Diese mobile Gruppe soll der Dienstaufsicht des Landeskriminalamtes unterstehen aber beim Einsatz in die polizeiliche Basis integriert werden. Dabei wird vorausgesetzt, daß das Bundeskriminalamt (BKA) über einen besonderen kriminalgeographisch orientierten Einsatz-Datenverbund in der Lage ist, unverzüglich die Berichte der einzelnen Behörden zu analysieren, Ab- und Umwanderungen von Tätergruppen sowie zeitweilige Kriminalitätsschwerpunkte unverzüglich festzustellen und auszuwerten.

Ausgangspunkt dieses Vorschlags sind die polizeilichen Erfahrungen, die besonders in den Kriminalitätsschwerpunkten des Ruhrgebiets sowie in den Städten Köln und Bonn gemacht worden

sind. Polizei-Sondereinsätze verdrängten dort bisher nur die Kriminellen in die Außenbezirke; da machten sie der Polizei zu schaffen, kamen allerdings sofort wieder in die Stadtkerne zurück, sobald sich die Polizei in den Randbezirken auf die Täter eingestellt hatte. Fazit: Geringer polizeilicher Erfolg, da die Rechtsbrecher nicht gefaßt, sondern nur zeitweilig verdrängt wurden.

Diesem Übel kann dann wirkungsvoll abgeholfen werden, wenn die Polizei den Kriminellen quasi auf den Fersen bleiben kann. Die mobilen Sondergruppen sollen deshalb für den Täter ein ständiges Risiko sein. Heute in Bonn, morgen in Düsseldorf, übermorgen in Dortmund. Einsatzort soll vor allem das Ballungszentrum Ruhrgebiet sein. In diesem Raum, der nur 9,4 vH. der gesamten Fläche des Landes Nordrhein-Westfalen ausmacht, wohnen 38,1 vH. der Bevölkerung - aber: 51 vH. der Straftaten entfallen auf dieses Gebiet. Etwa 50 vH. dieser Delikte ereignen sich wiederum auf dem eng begrenzten Raum der Stadtkerne, also jede 4. Straftat in Nordrhein-Westfalen.

Es ist klar zu betonen, daß mit dieser mobilen Polizei-Gruppe keine "Ranger", keine James-Bond-Mannen oder karatekundigen Nagekämpfer gemeint sind. In dieser Gruppe müssen allerdings fachlich besonders qualifizierte Polizeibeamte, neben Spezialisten der Polizei aus allen Bereichen eingesetzt werden. Klar ist auch, daß es hierbei nicht ausschließlich um das "Fangen" der Täter geht. Die Wirkung der mobilen Polizei-Gruppe wird gleichzeitig sein, daß in ganz erheblichem Maße die Prävention gefördert wird, denn wenn der Rechtsbrecher nicht mehr voraussehen kann, wo diese starke "Polizei-Feuerwehr" zur intensiveren Verbrechensbekämpfung eingesetzt wird, dann kann die abschreckende Wirkung nicht ausbleiben.

(-26.6.1973/ks/ex)

+ + +

Wären wir nicht so schrecklich gleichgültig...

Das Problem der Heimkinder - eine Herausforderung des Gewissens

Kinder gehören nicht ins Heim, sondern in die Familie. Für Kleinstkinder bedeuten Heime eine Unmenschlichkeit, obwohl sich viele Heime große Mühe geben.

In unserer Gesellschaft haben die Starken mehr Rechte als die Schwachen. Und wer wäre schwächer als die Kinder und die Hilflosen? So lösen die Gemeinden ihre sozialpädagogischen Probleme dadurch, daß sie Kinder in Heime einweisen, wenn die Familie nicht funktioniert, jeder Nachbar sich mit seinen eigenen Sorgen zurückzieht, die Verwandten sich einer zusätzlichen Belastung nicht gewachsen fühlen. Niemand ist da, einer Familie und ihren Kindern über einige Wochen oder Monate hinwegzuhelfen. Auch die Gemeinde kann es nicht, weil ihr seit Jahren Straßenbau, Gewerbeförderung, Kulturbauten und ein neues Rathaus wichtiger waren als Menschen und Einrichtungen, die an Ort und Stelle helfen könnten, die vielfältigen Probleme so vieler Familien, so vieler Erwachsener wie Jugendlicher wie Kinder wie alter Menschen nach den eigenen Vorstellungen dieser Menschen mit ihnen zusammen zu lösen.

Wo dies alles nicht ist, bleibt keine andere Wahl: das Kind muß ins Heim. Und wir trösten uns alle leicht damit, daß das Kind es dort gut haben wird. Es bekommt zu essen, wird gekleidet, man achtet auf seine Sauberkeit und Gesundheit, es darf spielen und mit den vielen anderen Kindern lustig sein. Koch ein bißchen weiter auf diesem Wege, und man wird finden: so gut wie unsere Heimkinder haben es viele Kinder in ihren Familien nicht!

Aber ganz wohl ist es wohl niemand bei solchen Ausflüchten. Ein amerikanischer Sozialwissenschaftler hat einmal das Heim eine "totale Institution" genannt. Er wollte uns darauf aufmerksam machen, was es eigentlich für ein Kind bedeutet, in eine

perfekte Maschine vorgeplanter Versorgung zu geraten. Es erhält dort alles nach hygienischem, ernährungsphysiologischem, pädagogischem und (oft) theologischem Rezept zugeteilt: die frische Wäsche, das regelmäßige Essen, das pädagogische Tagesprogramm, die ärztliche Untersuchung und Behandlung, Gebet und religiöse Unterweisung.

Woher das alles kommt, ob es etwas kostet, wer das bezahlt, ob das so sein muß und warum das so ist, wer eigentlich dahinter steckt, wer das will und wohin das führt, erfährt das Kind nicht. Was es erfährt, ist: jetzt ist Essen; jetzt ist Fußballspiel; jetzt ist Schuhputzen; jetzt ist Briefeschreiben...

Und was es noch erfährt: wenn du dich wohlverhältst, leise bist und immer den Erwachsenen schön folgst, nicht aufbegehst und dich für alles dankbar zeigst, dann bist du ein gutes Kind, und gute Kinder werden bald entlassen.

Entlassen wohin? Und was ist draußen anders geworden? Was ist anders geworden zwischen Vater und Mutter? Ist ein neuer Vater zu Hause? Die können mich dann doch nicht einfach... Doch, die können.

Ist das nun von mir nicht doch einseitig gesehen und übertrieben geschildert? Es ist ein Versuch, einen einzigen kritischen Punkt der Heimerziehung (und es gibt deren viele!) vom Heimkind her einsichtig und anschaulich zu machen. Dabei ist dies das von Heimerziehern und Heimleitern selber definierte Ziel der Heimerziehung: Erziehung jedes Kindes zur Fähigkeit, über sich selbst zu entscheiden und für andere Verantwortung mitzutragen - Autonomie und Solidarität.

Wer die Heimerzieher beschimpft, zäumt das Pferd am Schwanz auf. Sie geben sich große Mühe und halten in einer der schwersten und undankbarsten Positionen aus, die unsere Gesellschaft anzubieten hat. Die Quelle des Übels ist nicht so weit zu suchen.

Wo waren wir denn, als in unserer Nachbarschaft ein Kind oder ein Jugendlicher oder die Eltern Hilfe brauchten? Warum ist in unserer Wohnung kein Platz für ein Pflegekind? Warum nehmen wir uns an den Wochenenden nicht die Zeit für ein Heimkind als Besuchspaten?

Das Problem der Heimkinder ist nicht das Problem des abstrakten Jugendamtes und der Heime. Es ist unser aller Problem. Deines und meines. Wären wir nicht so bequem und so schrecklich gleichgültig, gäbe es die Not der Heimkinder nicht.

Dr. Wolfgang Bäuerle  
(-/ 26.6.1973/ks/ex)